

## A4 Solidarität mit den Protesten im Iran

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein  
Beschlussdatum: 21.01.2023  
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

### Antragstext

1 Solidarität mit den Protesten im Iran

2 Am 16. Dezember wurde Jina Mahsa Amini, eine junge kurdische Iranerin durch die  
3 Sittenpolizei des Mullah Regimes ermordet. Seitdem protestieren tausende Frauen,  
4 queere Menschen und Jugendliche gegen das Regime. Sie reißen sich öffentlich das  
5 Kopftuch ab und legen sich damit mit dem Repressionsapparat an, welcher auf  
6 brutalste Weise gegen die demonstrierenden vorgeht.

7 Die Protestbewegung, die keine rein weibliche ist und von Menschen aller  
8 Altersklassen unterstützt wird, kämpft unter dem Leitspruch „Jin, Jiyan, Azadi –  
9 Zan, Zendegi, Azadi! Frau, Leben, Freiheit“ für Freiheit und Demokratie.

10 Die wirtschaftliche Situation des Irans spaltet die Bevölkerung seit Jahren in  
11 Angehörige des Mullah Regimes, die ein Luxusleben führen und wenige die von den  
12 Gewinnen der Ölwirtschaft profitieren, und die Zivilbevölkerung, die immer  
13 weiter verarmt und teilweise nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser hat.  
14 Immer mehr Menschen schließen sich den Protesten an und wehren sich gegen  
15 Unterdrückung von Frauen und queeren Menschen und gegen Armut und die Ausbeutung  
16 der Arbeiter\*innen. Sie lehnen sich damit gegen einen Staat auf, der gegen die  
17 eigene Zivilbevölkerung mit extremer Gewalt vorgeht und den Protest  
18 niederschlägt. Seit Beginn der Aufstände wurden tausende Protestierende  
19 inhaftiert, gefoltert und gar getötet. Trotzdem gelingt es dem Regime nicht, die  
20 Bewegung zu beenden. Denn ein großer Teil der Iraner\*innen steht für Demokratie,  
21 Gleichberechtigung und Freiheit ein.

22 Seit der islamischen Revolution wurde der Verschleierungszwang eingeführt und  
23 Grundrechte von Frauen wurden direkt von der islamischen Regierung  
24 eingeschränkt. In den folgenden Jahren wurden Kurd\*innen diskriminiert,  
25 Oppositionelle verfolgt und das Regime hat seinen Machtapparat ausgebaut.

26 Die Menschen im Iran nehmen extreme Risiken in Kauf, um für Freiheit zu kämpfen.  
27 Jetzt liegt es an uns, sie dabei bestmöglich zu unterstützen.

28 Deshalb fordern wir:

- 29 • Die Revolutionsgarde muss von der EU offiziell als Terrororganisation  
30 eingestuft werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich hierfür konsequent  
31 einzusetzen. Dies hätte die Einfrierung von Vermögenswerten zur Folge.
- 32 • Geflüchtete Menschen aus dem Iran müssen schnellstmöglich unbürokratisch und  
33 bedingungslos aufgenommen werden. Dies kann durch Bundes- oder  
34 Landesaufnahmeprogramme geschehen.
- 35 • Es muss gezielte Sanktionen gegen Personen und Organisationen geben die mit  
36 dem Mullah-Regime verstrickt sind. Sanktionen, die die Bevölkerung des Irans  
37 treffen sind kontraproduktiv.

- 38 • Es gilt Menschen, die für die Bundesrepublik Deutschland gearbeitet haben und  
39 durch ihre Tätigkeit gefährdet sind, zu schützen und ihnen und ihren  
40 Familienangehörigen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.
- 41 • Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran. Außerdem muss das  
42 geltende Einreiseverbot für abgeschobene Menschen zurückgenommen werden.
- 43 • Es ist richtig, dass die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag gestoppt  
44 wurden, denn es ist zurecht umstritten ob man mit dem Mullah Regime Abmachungen  
45 eingehen kann.
- 46 Doch während im Iran Kurd\*innen treibende Kraft für die Proteste sind, werden  
47 sie in Südkurdistan von der Türkei angegriffen. Die Bundesregierung schweigt  
48 dazu bislang. Deutschland muss sich für eine unabhängige Aufklärung einsetzen  
49 und die Angriffe auf Nord-Ost Syrien (Rojava) verurteilen.
- 50 Gleichzeitig liegt es an uns die iranische Bevölkerung durch mediale  
51 Aufmerksamkeit und Solidaritätsveranstaltungen zu unterstützen. Und unsere  
52 Stimme für sie zu erheben, wenn das Regime versucht, die Proteste zu  
53 unterdrücken und Messenger und Internet abschaltet. Denn wir als Grüne Jugend  
54 setzen uns unabhängig von medialer Präsenz des Themas international für die  
55 Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit ein und fordern eine  
56 Außenpolitik in der die Menschenrechte im Mittelpunkt des politischen Handelns  
57 stehen. Die Bundesregierung bekennt sich dazu durch das Bekenntnis zu  
58 feministischer Außenpolitik.
- 59 Solange diese Werte aber nicht konsequent in die Tat umgesetzt werden liegt es  
60 an uns immer wieder gegen Unterdrückung und Diskriminierung und für Demokratie,  
61 Gleichberechtigung und die Einhaltung von Menschenrechten einzustehen.